

Antrag LA: Die Zukunft ist links: demokratisch, antifaschistisch, sozial gerecht.

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Gesellschaft im Umbruch – Demokratie in Gefahr

Spätestens mit der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 und ihren Ergebnissen manifestiert sich ein drastischer gesellschaftlicher Umbruch in unserer Gesellschaft. Der Rechtsruck hält unvermindert an. Ein Großteil der Bevölkerung folgt Verschwörungstheoretikern und lässt sich als Werkzeug gegen die demokratischen Grundrechte missbrauchen. Hass auf alles Schwächere, Bunte und Fremde breitet sich aus. Für die Brandenburger Linke waren die Ergebnisse der Bundestagswahl, insbesondere nach der nur wenige Monate zurückliegenden verheerenden Niederlage bei den Landtagswahlen und dem damit verbundenen Ausscheiden aus dem Brandenburger Landtag, dennoch ein wichtiger Erfolg. Die Rückkehr in den Deutschen Bundestag in Fraktionsstärke und mit drei Abgeordneten aus Brandenburg wurde hart erkämpft. Aber sie sind kein Selbstläufer – und schon gar kein Garant für künftige Erfolge. Die Ergebnisse der Bürgermeister:innenwahlen im Herbst machen deutlich – Wir haben viel zu tun. Es bedarf weiter erheblicher Anstrengungen, um unsere Position als die soziale Opposition im Land zu stabilisieren und auszubauen.

Denn der Zeitgeist ist ohne Zweifel rechts. 2025 kam es in Brandenburg zu einer deutlichen Zunahme rechter Gewalttaten. Betroffen ist die gesellschaftliche Linke insgesamt: linke Jugendclubs, demokratische Veranstaltungen, Wahlkämpfer:innen und Parteibüros der Linken. Besonders schwerwiegend war der Angriff auf das Demokratiefest „Bad Freienwalde ist bunt“ am 15. Juni, bei dem Vermummte mit Schlagwerkzeugen Gäste verletzten und technische Infrastruktur zerstörten. Auch Jugendzentren wie das KLAB in Luckenwalde und der Club Jamm in Senftenberg wurden wiederholt Ziel von Drohungen, Sachbeschädigungen und Einschüchterungen durch militante, oft sehr junge Täter. Linke Wohnprojekte wie Zelle79 in Cottbus erlebten Einschüchterungsversuche, Pflastersteinwürfe und rechte Parolen. Laut Opferperspektive stiegen Angriffe auf politische Gegner:innen um knapp 75%, mit einem Höchststand von 66 Übergriffen in einem Jahr. Die Täter sind häufig jugendlich, handeln organisiert und greifen gezielt Orte der Begegnung und Solidarität an, wodurch ein Klima der Angst und politische

33 **Einschüchterung entsteht.**

34 Diese Eskalation verdeutlicht, dass der Einsatz für Demokratie und
35 gesellschaftliche Vielfalt vor rechten Bedrohungen und Gewalt stärker
36 geschützt und gefördert werden muss.

37 Das weitere Erstarken der rechtsextremen AfD, Regierungskoalitionen, die
38 sich in Bund und Land vor allem darin gefallen, Stimmung gegen
39 Migrant:innen, Bürgergeldempfänger:innen und die Schwächsten der
40 Gesellschaft zu machen und dabei an den Interessen der Menschen und den
41 realen sozialen Problemen vorbei zu regieren – das alles gefährdet den
42 Zusammenhalt unserer Gesellschaft im Kern.

43 Dass die Regierenden dieses Land wieder kriegstüchtig machen wollen,
44 massive Aufrüstung vorantreiben und junge Menschen mit der Wehrpflicht
45 wieder in den Dienst an der Waffe zwingen wollen, trifft auf unseren
46 entschiedenen Widerstand. Frieden und soziale Sicherheit sind das Gebot
47 der Stunde!

48 Menschen, die sich nicht wahr- und ernstgenommen fühlen, wenden sich nicht
49 mehr nur von regierenden Parteien ab, sondern von der Demokratie als
50 System. Eine Partei, die dies ausnutzt, um zu hetzen und den Hass zu
51 schüren und dabei jegliche Grenzen von Anstand und Recht überschreitet,
52 lässt man gewähren. Der Rechtsstaat droht zu versagen, weil
53 Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat aus opportunistischen Erwägungen
54 untätig bleiben und die Anwendung rechtsstaatlicher Mittel – die
55 Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD – noch immer verzögern.

56 Doch es gibt viele Menschen, die diesen Weg nicht mitgehen wollen.
57 Menschen, die aktiv werden und Widerstand leisten gegen die Zerstörung von
58 Demokratie, Rechtsstaat und Vielfalt. Und viele, die lange geschwiegen
59 haben, werden angesichts der wachsenden Gefahr nun selbst aktiv. Über
60 1.500 von ihnen haben seit Jahresbeginn den Weg in Die Linke gefunden –
61 allein in Brandenburg. Über 60.000 sind es bundesweit. Gemeinsam wollen
62 wir eine demokratische Antwort auf die Bedrohung unserer Gesellschaft von
63 Rechts geben – eine Antwort, die Angst nimmt und Zuversicht gibt. Eine
64 Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Immer gemeinsam, niemals
65 allein!

66

67 **2. Unsere Antwort: Soziale Politik für den Alltag**

68 Immer häufiger legen die Regierenden die Axt an die Wurzel des
69 Sozialstaats. Debatten über Kürzungen beim Bürgergeld, in der Integration,

in der Bildung, in der Kinder- und Jugendarbeit bei gleichzeitigen
Steuergeschenken für Unternehmen und Superreiche schüren Neid und Angst
gleichermaßen

Es ist die Aufgabe des Staates und seiner Institutionen, sicherzustellen,
dass alle Menschen ein Leben in Sicherheit und Würde führen können. Dieser
Verantwortung werden die Regierungen in Bund und Land nicht mehr gerecht.
Ein Umsteuern in zentralen Fragen ist notwendig:

Wohnen für Menschen statt Mieten für Konzerngewinne

Nicht nur im Speckgürtel kennt die Entwicklung der Mieten nur eine
Richtung. Eine bezahlbare Wohnung zu finden, die zu den eigenen
Lebensumständen passt, wird immer mehr zum Glücksspiel. Doch das ist kein
Naturgesetz. Wohnen darf nicht länger ein Geschäftsmodell für Konzerne
sein. Stattdessen brauchen wir eine Stärkung sozialen und gemeinnützigen
Wohnungsbaus und wirksame gesetzliche Möglichkeiten zur Unterbindung von
Mietwucher und Spekulation. Dafür muss auch das Land die Ausrichtung
seiner Wohnungspolitik grundlegend ändern. Unsere kommunalen
Mandatsträger:innen kämpfen vor Ort dafür, dass auch die Städte und
Gemeinden ihre Handlungsspielräume ausnutzen. Wir fordern:

- Mieter:innen konsequent schützen! - durch kommunale Mietendeckel, ein
Kündigungsverbot für Menschen in sozialen Notlagen und die
Verhinderung der Umwandlung von Miet- in Eigentums- oder
Ferienwohnungen
- Oma bleibt hier! - die Ausweitung der rechtlichen Möglichkeiten für
Sozialerhaltungssatzungen und ihre Umsetzung in den Kommunen, um
Verdrängungsprozesse zu stoppen. Dazu gehört auch ein Recht auf
Wohnungstausch ohne Mieterhöhungen – damit Menschen in ihrem Kiez die
Wohnsituation an sich ändernde Lebensumstände anpassen können.
- Kein Bares für Rares! - einen Stopp des Verkaufs öffentlicher Flächen
und Gebäude, um ihre Nutzung für sozialen Wohnungsbau und soziale
Infrastruktur dauerhaft zu sichern
- Gewinnsubventionen beenden! - eine Stärkung des gemeinnützigen,
kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus durch Bereitstellung
von Flächen und die Neuausrichtung der Wohnungsbauförderung, damit
diese ausschließlich diesen Akteur:innen zugute kommt.

Wohnen ist ein Grundrecht! Damit das endlich Realität werden kann, suchen
wir den Schulterschluss mit den Mietervereinen, lokalen Gruppen und
Initiativen und unterstützen ihre Kämpfe vor Ort.

107 **Unsere Bildung – Investition in die Zukunft, kein Kostenfaktor**

108 Aus Sicht der Landesregierung sind Kitas und Schulen vor allem eins – ein
109 lästiger Kostenfaktor. Das hat sie mit ihren Sparvorschlägen zum aktuellen
110 Landeshaushalt im Frühjahr wieder einmal unter Beweis gestellt.

111 Chancengerechtigkeit ist für sie kein Thema. Bildung als
112 Zukunftsinvestition erst recht nicht.

113 Ein deutlicher Beleg dafür ist die fragwürdige - ohne Anhörung erfolgte
114 Ablehnung der breit getragenen und in Rekordzeit erfolgreichen
115 Volksinitiative „Schule satt!“ vom Hauptausschuss des Landtages.

116 Die Quereinsteigerquote bei den Lehrkräften liegt mancherorts vor allem in
117 den ländlichen Regionen Brandenburgs bei 50%. – ohne dass deren
118 Qualifizierung ausreichend und dezentral angeboten wird.

119 Kinder, pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen, Lehrkräfte,
120 Schüler:innen und Eltern werden trotz erheblicher Proteste mit ihren
121 Sorgen allein gelassen. Statt für Entlastung zu sorgen, wurde die
122 versprochene Verbesserung des Personalschlüssels in Krippen gestrichen,
123 sollen Lehrer:innen „nicht mehr arbeiten, nur eine Stunde mehr
124 unterrichten.“, meint der Bildungsminister. Zynischer geht es kaum. Wir
125 meinen: gute Bildung ist die wichtigste Investition in unsere Zukunft.
126 Deswegen brauchen wir die besten Lern- und Lehrbedingungen – nicht die
127 billigsten. Wir fordern:

- 128 • Gute Bildung für jedes Kind! Das Recht jedes Kindes auf gute Bildung
129 und Betreuung in einer wohnortnahen Kindertageseinrichtung muss
130 überall in Brandenburg umgesetzt werden. Wir brauchen eine
131 auskömmliche Finanzierung der Kindertagesbetreuung mit einem neuen,
132 rechtssicheren Kitagesetz mit eindeutigen Vorgaben u.a. zu
133 Qualitätsstandards und einer sich am Bedarf der Kinder orientierenden
134 Personalbemessung
- 135 • Eine Bildungsoffensive für Brandenburg! Wir denken Kita und
136 Grundschule gemeinsam, setzen gemeinsames Lernen bis mindestens zur
137 Klasse 9 in der Gemeinschaftsschule um und wollen eine Bauoffensive
138 für Schulzentren
- 139 • Mehr Lehrkräfte statt mehr Wochenstunden! - statt Erhöhungen der
140 Pflichtstundenzahl für Lehrkräfte die Rücknahme des
141 Einstellungsstopps und Gewährung der Stunden im Förderbereich und für
142 „Gemeinsames Lernen“
- 143 • Multiprofessionelle Teams statt Ausschluss-Diagnosen! -

144 flächendeckender Einsatz von Schulsozialarbeit und
145 multiprofessionellen Teams aus Sozialarbeiter:innen, Psycholog:innen
146 und Therapeut:innen, die Lehrkräfte entlasten und Kinder und
147 Jugendliche in Problemlagen individuell und wirksam unterstützen
148 können

- 149 • Schluss mit Platzmangel! - ein Förderprogramm „Gantagsschulbauten“
150 des Landes, das den Neubau und die Sanierung von Schulen und Kitas
151 für den Ganzttag in den Kommunen bedarfsgerecht ermöglicht und Schule
152 und Kita zu gemeinsamen Lernorten werden lässt

- 153 • Bessere Betreuung statt Entlassungen! - die Sicherung der aktuell in
154 Kindertageseinrichtungen beschäftigten Fachkräfte auch bei sinkenden
155 Kinderzahlen, um endlich den Betreuungsschlüssels zu verbessern.
156 Nutzen wir die sinkenden Kinderzahlen zum Aufbau der Qualität statt
157 zum Abbau der Plätze und Stellen! Kein:e Erzieher:in darfentlassen
158 werden!

- 159 • Don't make them hangry^[1]! Die schnellstmögliche Umsetzung einer
160 beitragsfreien Mittagsversorgung in Kitas und Schulen. Kein Kind soll
161 hungrig lernen müssen!

162 Diese Forderungen teilen wir mit Lehrkräften, Eltern, Einrichtungsträgern,
163 Sozialverbänden und Gewerkschaften. Gemeinsam mit ihnen werden wir nicht
164 nachlassen, für grundlegende Verbesserungen in der Brandenburger
165 Bildungslandschaft zu kämpfen.

166 **Gesundheit – Menschenrecht und keine Ware**

167 Bei ihrem Amtsantritt hat die Landesregierung den Erhalt aller
168 Krankenhäuser in Brandenburg versprochen. Das Versprechen hat nicht einmal
169 ein Jahr gehalten. Im Sommer wurde die Schließung des Krankenhauses
170 Wittstock bekanntgegeben. Weitere Standorte der Grundversorgung –
171 insbesondere im ländlichen Raum sind gefährdet. Am Beispiel Wittstock
172 zeigt sich einmal mehr: renditeorientierte Konzerne sind keine
173 verlässlichen Partner für die Organisation einer stabilen
174 Gesundheitsversorgung der Menschen. Die medizinische Versorgung ist Teil
175 der Daseinsvorsorge und gehört in öffentliche Hand! Gerade auf dem Land
176 entscheidet die Entfernung zur Notaufnahme im Zweifel über Leben und Tod.
177 Eine gute ambulante Versorgung ist notwendig, kann aber die Funktion
178 wohnortnaher Krankenhäuser und medizinischer Notfallversorgung nicht
179 ersetzen. Wir fordern:

- 180 • Krankenhäuser JWD tun ganz doll weh: die Sicherung und den
181 dauerhaften Erhalt aller Krankenhausstandorte in Brandenburg. Dort,

wo private Betreiber sich zurückziehen, weil der Profit „nicht mehr stimmt“, müssen Wege gefunden werden, die Standorte in öffentliche Hand zu überführen – ohne die Konzerne auch noch mit einem „goldenen Handschlag“ aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

- Kommunen bei der finanziellen Sicherung und ggf. Übernahme von Standortenzu unterstützen
- Gemeinsam stärker: Mit regionalen Klinikverbünden unter dem Dach einer Landeskrankengesellschaft auch kleinere Standorte zu stärken und damit die Krankenhäuser in öffentlicher Hand effektiv vernetzen
- die gezielte und schnelle Bereitstellung von Investitionsmitteln für die Krankenhäuser aus dem Landeshaushalt, um den zukunftsfesten Um- und Ausbau der Krankenhausstandorte zu ermöglichen und Kliniken bei der Erwirtschaftung von Eigenmitteln weiter zu entlasten.
- Eine gerechte Entlohnung und gesunde Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte, damit nicht die im System leiden, die es am Laufen halten.

Jede:r Brandenburger:in muss im medizinischen Notfall schnellstmöglich die notwendige Hilfe erhalten – unabhängig davon, ob sie in der Prignitz, in der Uckermark oder in der Lausitz lebt. Weniger ist nicht akzeptabel. Denn Gesundheit ist ein Menschenrecht!

3. Wir vor Ort: gemeinsam für soziale Gerechtigkeit

Die Rahmenbedingungen für linke und soziale Politik in Brandenburg sind nicht einfach. Die Niederlage bei der Landtagswahl 2024 hat nicht nur zum Verlust der linken Landtagsfraktion geführt. Sie hat natürlich auch die Reichweite und Wirkmächtigkeit linker Politik erheblich reduziert. Viele Themen von der Sicherung sozialer Infrastrukturen über gute Arbeit bis zu Transparenz und Beteiligung finden im aktuellen Landtag kaum noch statt. Gemeinsam arbeiten wir daran, diese Verluste zu kompensieren. Und wir sind auf einem guten Weg. Trotz der Verluste bei den Kommunalwahlen 2024 sind wir in den meisten Regionen Brandenburgs in den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen verankert. Wir stellen Bürgermeister:innen, Ortsvorsteher:innen und eine Landrätin. Die Arbeit und Ansprechbarkeit vor Ort war eine alte Stärke unserer Partei und sie wird nun erneut zu einem zentralen Anker. Dazu kommt eine Vielzahl neuer und engagierter Genoss:innen, die seit Jahresbeginn zu uns gefunden

haben und die linke Stimme überall im Land verstärken, häufig auch in Orten, wo seit vielen Jahren kein Gesicht mehr mit der Linken verbunden werden konnte. Nicht selten sind diese Genoss:innen politisch nicht unerfahren – vielleicht bisher nicht in der Partei, aber in zahlreichen anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen aktiv gewesen. Das ist ein riesiges Potenzial. Denn Vertrauen in die Linke entsteht nicht zuletzt durch Verankerung in der Gesellschaft, Vernetzung mit Menschen und persönliches Vertrauen in Menschen, die man kennt und die in und für Die Linke aktiv sind. Darauf bauen wir auf! Die Linke ist und bleibt eine Mitgliederpartei. Unsere Stärke liegt in der Vielfalt, der Energie und dem Kampfgeist der Menschen, die sich bei uns engagieren. Unser Ziel ist es deshalb, 2026 die mitgliederstärkste Partei in Brandenburg zu werden.

Die Linke redet nicht (nur) – Die Linke hilft.

Die Linke entwickelt sich in den vergangenen Monaten mehr und mehr zur Anlaufstelle für Menschen, die im Kampf mit Vermietern, Bürokratie und Anträgen häufig verzweifeln. Sie sehen die Linke als glaub- und vertrauenswürdigen Ansprechpartner, denn sie trauen uns nicht nur zu, ihre Interessen politisch zu vertreten, sondern auch ganz konkret zu helfen. Der Ausbau der Sozial- und Rechtsberatung unter dem Dach von „Die Linke hilft.“ Kommt gut voran und wir werden diese Angebote so weit ausbauen, dass mindestens ein Anlaufpunkt in jedem Kreisverband eine regelmäßige Sozial- und Rechtsberatung anbietet. Dabei stützen wir uns auf die neu gegründeten Landesarbeitsgemeinschaft. Entsprechende Fortbildungs- und Austauschformate müssen entwickelt werden.

Um unsere Angebote und uns selbst als Ansprechpartner:innen vor Ort bekannt zu machen, setzen wir auf den direkten Dialog mit den Bürger:innen als ständiges Werkzeug. Wir werden unsere Haustür- und Gartenzaungespräche auch zwischen den Wahlen fortsetzen. Die Angebote der Sozialberatung, der Mietwucher-App und des Heizkostenchecks sind dafür ein guter Anknüpfungspunkt. Sie sollen vor Ort immer wieder auch mit konkreten Fragestellungen oder Veranstaltungsangeboten verbunden werden. Der Landesverband hat dafür ein Aktionspaket bereitgestellt und wird die Kreisverbände weiter mit Schulungen vor Ort beim Start von Aktionen und der Einführung neuer Mitglieder unterstützen.

Wir zeigen: Die Linke ist da und jederzeit ansprechbar – und das ganz unabhängig von Wahlen.

Die Linke – sichtbar und mit neuem Selbstbewusstsein

Mit unseren Themen, unseren Lösungen und konkreter Hilfe im Alltag sind

257 wir als Linke wieder klar erkennbar. Wir sind das Bollwerk gegen den
258 Faschismus und für ein sozial gerechtes Brandenburg! Und darauf
259 fokussieren wir auch unsere Öffentlichkeitsarbeit. Die Themen Wohnen,
260 Gesundheit und Bildung greifen wir immer wieder auf – und brechen sie auf
261 konkrete Problemlagen im Land und in den Kommunen herunter. Gerade weil
262 wir Politik gerade vor allem in den Kommunen gestalten, ist dieser
263 gemeinsame rote Faden für unsere Erkennbarkeit so wichtig.

264 Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen allen, die
265 im Landesverband und in den Kreisen Öffentlichkeitsarbeit betreiben, der
266 LAG Rote Reporter:innen, den Redakteur:innen der Kleinen Zeitungen, der
267 Websites und der Social-Media-Aktiven weiter vertiefen. Insbesondere für
268 die Social-Media-Arbeit müssen wir das Potenzial unserer jungen und neuen
269 Mitglieder noch besser nutzen, um auch ein Publikum außerhalb unserer
270 „Blase“ besser zu erreichen. Das weitgehende Verbot politischer Werbung in
271 den sozialen Medien wird diese Arbeit in den kommenden Monaten noch einmal
272 deutlich verändern und den Fokus noch stärker auf „gute Inhalte“ lenken.
273 Darin liegt gerade für uns auch eine Chance. Dabei geht es zum einen um
274 einen professionellen Auftritt der Partei und ihrer Gliederungen selbst.
275 Dafür stehen mit Lissi und den zentral vorproduzierten Materialien zur
276 Mietenkampagnen oder zu Haustüraktionen gute Werkzeuge zur Verfügung. Zum
277 anderen geht es aber auch darum, anknüpfend an positive Erfahrungen der
278 Bundesebene, gezielt Menschen und ihre Kanäle zu stärken, die in den
279 sozialen Medien linke Inhalte verbreiten und zur Diskussion stellen.

280 **Die Linke – der Aufbruch beginnt mit Dir!**

281 Mit mehr als einem Drittel neuer Mitglieder erleben wir derzeit eine
282 beispiellose Dynamik in unserer Partei. Auch wenn nicht jedes neue
283 Mitglied kontinuierlich aktiv sein kann oder gar Funktionen übernehmen
284 will, ist dennoch jede:r Einzelne ein riesiger Gewinn. Mit ihrem Wissen,
285 ihren Erfahrungen und ihren Ideen verändern sie unsere Partei und bringen
286 uns gemeinsam voran. Sie bringen eine Offenheit und
287 Diskussionsbereitschaft mit, die unsere Parteikultur – gerade auch bei
288 Themen, die in der Vergangenheit schwierig waren – zum Positiven
289 verändert. Das setzt die Bereitschaft voraus, miteinander und voneinander
290 zu lernen, sich tatsächlich zuzuhören und mit Argumenten
291 auseinanderzusetzen, auch zu unbequemen Themen.

292 Für diesen so wichtigen Austausch gibt es bereits einige Formate im
293 Landesverband und wir werden weitere etablieren. Mit dem freitäglichen
294 Stammtisch, der im Oktober seine 300. Ausgabe feiern konnte, existiert

eine von Mitgliedern um unsere ehemalige Landesvorsitzende Anja Mayer selbstorganisierte Plattform, die sich seit mehr als fünf Jahren wöchentlich einem Thema zuwendet und dabei den Austausch auch über Landesverbandsgrenzen hinweg ermöglicht. Die Aktivenkonferenz im September ermöglichte Bildung, Vernetzung und Austausch sowie eine Vorstellung der Landesarbeitsgemeinschaften. Mit den monatlichen Montagsgesprächen etablieren wir ein Online-Format für die strategische Debatten im Landesverband.

Eine sehr dynamische Entwicklung nehmen aktuell die innerparteilichen Zusammenschlüsse. Eine Vielzahl von Neugründungen bzw. Reaktivierungen zu Themen von Digitalisierung bis Umwelt zeugen von der neuen Lebendigkeit unserer Partei. Der Landesvorstand wird die Zusammenarbeit mit den Landesarbeitsgemeinschaften intensivieren und die dort versammelten Kompetenzen gezielt in seine inhaltliche Arbeit einbeziehen.

Wir stehen vor folgenden Aufgaben:

- den Ausbau der innerparteilichen Bildungsarbeit, u.a. zur Vermittlung von Strukturwissen für Genoss:innen, die bereits Verantwortung in Funktionen übernommen haben oder dies künftig anstreben, Handwerkszeug in der Öffentlichkeitsarbeit und für politische Aktion
- die Etablierung von Austausch- und Debattenformaten, die sowohl inhaltliche und strategische Debatten als auch die intensive Arbeit an Schwerpunkten und Projekten ermöglichen, z.B. in den Montagsgesprächen, mit den Landesarbeitsgemeinschaften sowie zur Programmdebatte im Landesverband und in den Kreisverbänden
- die Durchführung von Aktivenkonferenzen im Land und auf regionaler Ebene, die neben der Vernetzung vor allem die vertiefte Arbeit an einzelnen Schwerpunktthemen und -projekten in intensiverer Form ermöglichen sollen
- die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den landesweiten Zusammenschlüssen durch regelmäßige Treffen mit den LAG-Sprecher:innen und ihre gezielte Einbeziehung in die inhaltliche Arbeit des Landesvorstandes

Strukturen konsolidieren – Aktionsfähigkeit stärken

Der Mitgliederzuwachs auch des Landesverbandes Brandenburg ist sehr erfreulich und er ist die Grundlage für eine lebendige, aktive und starke Linke überall in Brandenburg. Nach Jahren des Substanzverzehr, dem Verlust finanzieller und struktureller Ressourcen ist der Partei-

(Wieder)Aufbau unsere zentrale Herausforderung. Es gilt, mit begrenzten Ressourcen unsere öffentliche Wirksamkeit und die Präsenz der Partei zu stärken. Der weitere Partei-Aufbau, die Einbindung und Aktivierung von Mitgliedern kann nur mit handlungsfähigen Kreisverbänden gelingen und einem Landesverband, der die notwendigen Ressourcen zur Unterstützung der Arbeit vor Ort bereitstellen kann.

Jede Ausgabe muss darauf geprüft werden, ob sie dem Parteaufbau nützt und/oder unsere öffentliche Wirksamkeit real stärkt. 2026 werden wir einen Haushalt aufstellen müssen, der diese Anforderungen austariert und in die Zukunft weist. Innerhalb des kommenden Jahres müssen im Landesverband und in den Kreisverbänden Maßnahmen weiterentwickelt und umgesetzt werden, mit denen die finanzielle Situation dauerhaft stabilisiert werden kann. Dazu wird die Arbeit der Finanz AG im kommenden Jahr fortgesetzt mit dem Ziel, den Plan der Abführung weiter zu reformieren hin zu einem transparenten System, dass die vorhandenen finanziellen Strukturen konsolidiert und weiterentwickelt. Wir müssen mit begrenzten finanziellen Ressourcen politisch sichtbar und auf kommunaler Ebene auch handlungsfähig bleiben.

Zur Finanzierung der Wahlkämpfe 2029 werden wir eine langfristig angelegte Spendenkampagne durchführen. Aus der Wahlkampfkostenrückerstattung werden uns bis 2029 lediglich ca. 83.000,-€ zur Verfügung stehen. Daher sind wir auf erhebliche zusätzliche Mittel angewiesen, um die vor uns liegenden Wahlkämpfe erfolgreich führen zu können. Neben unseren Genoss:innen müssen und können wir auch potenzielle externe Spender:innen gezielt ansprechen. Der Landesverband initiiert dazu eine Kampagne, die darauf ausgerichtet ist, zu kontinuierlichen Spenden zu motivieren. Unser Ziel ist es, ab 2026 jährlich bis 2029 mindestens 50.000,- an zusätzlichen Spenden für den Wahlzyklus 2029 einzuwerben. Die Kreisverbände sollen ebenfalls aktiv und regelmäßig um Spenden werben und sich konkrete eigene Spendenziele setzen. Der Schwerpunkt liegt auf Dauerspenden als stabilem Fundament. So schaffen wir die notwendige Grundlage sowohl für die Kommunal- als auch für die Landtagswahlen 2029.

4. Die Zukunft ist links

Die Linke hat eine historische Aufgabe. In Deutschland und weltweit erstarken derzeit rechte und extrem rechte Kräfte. Kräfte, die Krieg als Mittel der Politik legitimieren, den Hass auf Menschen, die anders leben, anders aussehen und anders denken, propagieren, die den Klimawandel ignorieren und Egoismus zum höchsten aller Ziele erklären. Von der CDU bis

370 zu den Grünen besorgen inzwischen alle Parteien das Geschäft der rechten
371 Brandstifter. Indem sie ihre Themen übernehmen und sich selbst in einen
372 Überbietungswettbewerb begeben, um sich deren Wähler:innen anzubiedern.
373 Nur: jede einzelne dieser Entwicklungen, die so forciert werden, hat das
374 Potenzial, unsere Gesellschaft und letztlich den Planeten zu zerstören.

375 **Das aber heißt: die Zukunft ist links: demokratisch, antifaschistisch,**
376 **sozial gerecht. Denn sonst gibt es keine!**

377

378 [\[1\]](#) hangy = hungry + angry (hungrig + wütend)